EUROPAGRUPPE GRÜNE

Brüssel, 14.12.2012

Newsletter der Europagruppe GRÜNE
Die Plenarwoche in Straßburg
10.- 13. Dezember 2012

I. DIE THEMEN

	SEITE
- EU-Haushalt 2012/2013	2
- Flughafenpaket	2
- Europäisches Patent	3
- Tiertransporte	4
- EU-Freihandelsabkommen mit Peru und Kolumbien	5
- Finanztransaktionssteuer	5
- EU-Gipfel	6
- Israelische Siedlungspolitik	7
- Neues Abkommen EU-Russland	7
- Ägypten	8
- Menschenrechte	8

II. TERMINE

- Aktuelle Termine der Europagruppe GRÜNE	9

I. Die Themen

EU-Haushalt 2012 / 2013

Abstimmung über den Nachtragshaushalt der Europäischen Union für 2012 und den Haushalt 2013

Budgetverfahren

Debatte am Dienstag, 11. Dezember
Abstimmung am Mittwoch, 12. Dezember

+++ Kontakt: Helga Trüpel MdEP, www.helga-truepel.de **+++**

Hintergrund: Das Parlament und der Rat der Europäischen Union haben sich auf einen Haushalt für 2013 und einen Nachtragshaushalt für 2012 geeinigt. Durch ein Votum am vergangenen Mittwoch hat die Plenarversammlung des Parlaments dem Kompromisspaket seine Zustimmung gegeben. Im Nachtragshaushalt 2012 begleicht der Rat nur sechs der ausstehenden neun Milliarden Euro. Der realistische Kommissionsvorschlag wurde um sechs Milliarden Euro gekürzt.
Ergebnis aus Grüner Sicht: Die Grünen haben sich beim Nachtragshaushalt enthalten und gegen den Haushalt 2013 gestimmt. Die Mitgliedsstaaten haben sich geweigert, alle offenen Rechnungen für 2012 zu bezahlen. Drei der neun Milliarden an ausstehenden Zahlungen werden einfach auf das Jahr 2013 verschoben. Doch auch für 2013 ist das Niveau so niedrig, dass die Union nicht in der Lage sein wird, die Verpflichtungen zu bedienen, die sie gegenüber den Empfängern europäischer Fördergelder eingegangen ist. Die Berge offener Rechnungen werden also auch im nächsten Jahr weiter anwachsen. Und die prekäre Finanzierungslage zahlreicher EU-Programme wird sich weiter verschärfen. Mit den Kürzungen, die der Rat nun erzwungen hat, verabschieden sich die Mitgliedsstaaten vom Anspruch, in Europas Zukunftsfähigkeit zu investieren. Der "Wachstumspakt" ist endgültig beerdigt.

> Pressemitteilung von Helga Trüpel

> Plenarrede von Helga Trüpel

Flughafenpaket

Drei Berichte

Artur Zasada (EVP, Polen)
"Bodenabfertigungsdienste auf Flughäfen der Union"

Giommaria Uggias (ALDE, Italien)
"Zuweisung von Zeitnischen auf EU-Flughäfen"

Jörg Leichtfried (S&D, Österreich)
"Lärmbedingte Betriebsbeschränkungen auf Flughäfen der Union"

Verfahren der Mitentscheidung

Debatte am Dienstag, 11. Dezember
Abstimmung am Mittwoch, 12. Dezember

+++ Kontakt: Michael Cramer MdEP, www.michael-cramer.de **+++**

Hintergrund: "Bessere Flughäfen" verspricht das EU-Flughafenpaket. Drei Verordnungen sollen an die Stelle bestehender Richtlinien treten, um die von der Kommission behaupteten Kapazitätsengpässe an europäischen Flughäfen zu lösen. Dabei sollten erstens die Bodenverkehrsdienste liberalisiert werden, indem die Präsenz von mindestens drei statt wie bisher zwei Anbietern vorgeschrieben wird. Zweitens wurden neue Regeln für lärmbedingte Betriebsbeschränkungen - vor allem Nachtflugverbote - vorgeschlagen, um der Kommission ein Veto-Recht gegen vor Ort getroffene Entscheidungen einzuräumen. Drittens wurden neue Regeln für die Vergabe von Start- und Landerechten ("slots") vorgeschlagen, um eine höhere Nutzungsrate reservierter Zeitnischen zu erzwingen. Während die Vorschläge für die Slotvergabe und die Regeln für Betriebsbeschränkungen im Plenum leicht verändert angenommen wurden, wurden die neuen Regeln für Bodenverkehrsdienste abgelehnt und an den Ausschuss zurückverwiesen.
Ergebnis aus Grüner Sicht: Das Parlament hat eingesehen, dass das Paket statt der versprochenen "besseren Flughäfen" die Situation für Anwohner, Angestellte und Passagiere zu verschlechtern droht. Besonders die Ablehnung der weiteren Liberalisierung der Bodenverkehrsdienste zeigt, dass Sozialdumping zu Gunsten der Airlines inakzeptabel ist. Die Grünen haben aber statt einer Rückverweisung in den Verkehrsausschuss eine komplette Ablehnung des Vorschlags befürwortet. Denn durch die Rückverweisung bleibt der Widerspruch des Parlaments nur vorläufig. Der angenommene Text zu lärmbedingten Betriebsbeschränkungen betreibt leider lediglich Schadensbegrenzung: Anstatt den Schutz der Anwohner vor Fluglärm zu stärken, konnte lediglich ein bindendes Vetorecht der Kommission gegen vor Ort getroffene Entscheidungen verhindert werden. Die Grünen haben deshalb dagegen gestimmt. In Bezug auf die Vergabe von Start- und Landerechten wurde die Chance zur Einführung von Umweltkriterien verpasst, der Bericht war für die Grünen aber insgesamt annehmbar.

> Artikel: Nachtflugverbote in Gefahr

> Plenarrede von Michael Cramer

> Pressemitteilung von Michael Cramer

Europäisches Patent

3 Berichte

Bernhard Rapkay
"Schaffung eines einheitlichen Patentschutzes"

Raffaele Baldassarre
"Einheitlicher Patentschutz"

Klaus-Heiner Lehne
"*Gerichtssystem für Patentstreitigkeiten"*

Verfahren der Mitentscheidung

Debatte und Abstimmung am Dienstag, 11. Dezember

+++ Kontakt: Martin Häusling MdEP, www.martin-haeusling.de **+++**
+++ Kontakt: Jan Philipp Albrecht MdEP, www.janalbrecht.eu **+++**

Hintergrund: Das Europäische Parlament hat die Verordnung zur Einführung eines europäischen Patentschutzes angenommen. Die Grüne Europafraktion hatte ernsthafte Bedenken bezüglich der Rechtmäßigkeit dieses Vorschlags angemeldet sowie der Entscheidung, die Kompetenz über die Regelung zum Schutz von geistigem Eigentum an Nicht-EU-Institutionen zu übertragen: das Europäische Patentamt und der Europäische Patentgerichtshof.
Ergebnis aus Grüner Sicht: Das Europäische Parlament hat - durch die Verabschiedung des Patent-Pakets in der vorliegenden Fassung - die ihm zustehenden Rechte aufgegeben. Die Patentgesetzgebung untersteht nun der Europäischen Patentkonvention, die über EU-Grenzen hinausgeht. Damit überträgt die EU Entscheidungsgewalt weg von den EU-Institutionen und hin zum neuen Patentgerichtshof und zum Europäischen Patentamt. Damit ist nicht mehr garantiert, dass das Europäische Patentamt das EU-Recht und das Recht in den EU-Mitgliedsstaaten respektieren wird. Bereits in der Vergangenheit wurde es ignoriert, indem Patenten auf Tiere und Pflanzen stattgegeben wurde. Dasselbe Problem besteht bei der Vergabe von Softwarepatenten. Und das, obwohl das Europäische Parlament erst kürzlich bei Entscheidungen über solche Patente ein Mitspracherecht gefordert hatte. Bedauerlich ist, dass sich der Generalanwalt des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) am Tag der Abstimmung in einer Stellungnahme auf die Klagegründe des von Spanien und Italien vorgebrachten Sprachenkonfliktes konzentrierte. Er weist diese zurück und erwähnt leider nur in einer Fußnote das Ergebnis des Gutachtens des EuGHs vom November 2011. Demnach ist der Patentgerichtshof nach EU-Gesetzgebung nicht rechtmäßig. Aus diesen Gründen hat die Grüne Europafraktion gegen das Gesetzespaket zum Einheitspatent gestimmt.

> Pressemitteilung von Martin Häusling

Tiertransporte

Bericht Janusz Wojciechowski (EKR, Polen)
"Schutz von Tieren beim Transport"

Initiativbericht

Debatte am Dienstag, 11. Dezember
Abstimmung am Mittwoch, 12. Dezember

+++ Kontakt: Martin Häusling MdEP, www.martin-haeusling.de **+++**

Hintergrund: In den vergangenen fünf Jahren ist die Anzahl der Transport bei Schweinen um 70 Prozent und bei Rindern um fast 10 Prozent gestiegen. Damit vergrößert sich vor allem das Leid der Tiere. Etwa ein Drittel der Transporte dauert mittlerweile länger als acht Stunden.
Ergebnis aus Grüner Sicht: Das Europäische Parlament hat sich dafür ausgesprochen, den Tierschutz bei Transporten zu verbessern. So sollen die bestehenden Vorschriften besser überwacht und die Transportbedingungen tierfreundlicher werden. Außerdem sollen regionale Schlachtstätten ausgebaut werden. Die Grünen kritisieren jedoch, dass es keine Mehrheit für eine Begrenzung der Transporte auf acht Stunden gab. Die Position des Parlaments bleibt in diesem Punkt vage. Die Grünen hatten in einem Änderungsantrag eine eindeutige Begrenzung auf acht Stunden gefordert. Eine Mehrheit dafür blieb aber leider aus.

> Artikel: EU-Parlament für mehr Tierschutz bei Transporten

> Pressemitteilung von Martin Häusling

Freihandelsabkommen mit Peru und Kolumbien

Bericht Mário David (EVP, Portugal)
"Handelsübereinkommen EU-Kolumbien/Peru"

Verfahren der Zustimmung

Debatte am Montag, 10. Dezember

Abstimmung am Dienstag, 11. Dezember

+++ Kontakt: Ska Keller MdEP, www.ska-keller.de **+++**

Hintergrund: Das Europaparlament hat mit den Stimmen von Konservativen, Liberalen und der Mehrheit der Sozialdemokraten das umstrittene bilaterale Freihandelsabkommen mit Peru und Kolumbien angenommen. Grüne und Linke haben dagegen votiert. Die Sozialdemokraten waren zunächst zwar skeptisch, haben sich aber durch nicht verbindliche Aktionspläne für Menschenrechte umstimmen lassen. Nun kann das Abkommen provisorisch in Kraft treten.
Ergebnis aus Grüner Sicht: Die Grünen haben gegen das Abkommen gestimmt - denn es ist zu befürchten, dass sich dadurch die schwierige Menschenrechtslage und die Situation von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern weiter verschlechtern wird. Insbesondere in Kolumbien ist die Situation dramatisch: 47 Prozent der weltweiten Morde an Gewerkschaftern und Gewerkschafterinnen finden hier statt - bei geringer Aufklärungsrate. Die weitreichenden Liberalisierungsvorschriften werden außerdem negative Folgen für die nachhaltige Entwicklung, Bekämpfung der Armut sowie Umwelt- und Sozialstandards haben. Die Aktionspläne für Menschenrechte wurden zwar von beiden Ländern vorgelegt. Effektivität sieht aber anders aus. Im Fall von Kolumbien werden entweder schon existierende Initiativen aufgezählt oder Maßnahmen, die bereits aufgrund internationaler Verpflichtungen existieren. Der peruanische Aktionsplan ist sogar noch substanzloser und verschafft nicht mehr als einen allgemeinen Überblick über die "nachhaltige Entwicklung" des Landes. Außerdem werden Steuerflucht und Geldwäsche durch die Vorschriften zur Finanzderegulierung im Abkommen erleichtert.

> Artikel: EU wird Menschenrechtsrhetorik nicht gerecht

> Plenarrede von Ska Keller

> Pressemitteilung von Ska Keller

Finanztransaktionssteuer

Bericht Anni Podimata (S&D, Griechenland)
"Verstärkte Zusammenarbeit bei der Steuer auf Finanztransaktionen"

Verfahren der Zustimmung

Debatte am Dienstag, 11. Dezember
Abstimmung am Mittwoch, 12. Dezember

+++ Kontakt: Sven Giegold MdEP, www.sven-giegold.de **+++**

Hintergrund: Eine breite Mehrheit des Europaparlaments hat sich für den Kommissionsvorschlag zur verstärkten Zusammenarbeit von 11 Mitgliedsländern bei der Finanztransaktionssteuer ausgesprochen. Jetzt muss nur noch der Rat dem Verfahren zustimmen, bevor er sich mit der Kommission auf die technischen Modalitäten der Steuer einigen kann. Die Finanztransaktionssteuer wird Spekulationen an den Finanzmärkten eindämmen und dringend benötigte Steuermehreinnahmen generieren.
Ergebnis aus Grüner Sicht: Nachdem nicht alle 27 Mitgliedsstaaten sich auf eine Besteuerung von Finanztransaktionen in ihren Ländern einigen konnten, ist es zumindest gelungen, eine Koalition kooperationsbereiter Mitgliedsstaaten zu überzeugen - im Interesse der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler - einen Schritt nach vorne zu machen. Die Grünen hatten sich für ein zügiges Verfahren im Europaparlament eingesetzt und fordern den Rat nun auf, die überfällige Einführung der Steuer mit einer breiten Steuerbasis nicht weiter aufzuhalten. Anschließend müssen die zentralen Elemente des ursprünglichen EU-Kommissionsvorschlags für eine Steuer in 27 Mitgliedsländern unbedingt erhalten bleiben: Aus Grüner Sicht darf es vor allem keine Ausnahmen für Pensionsfonds, UCITS und andere Marktakteure geben. Denn das würde die Absicht, Spekulationen einzudämmen, von vornherein untergraben.

> Pressemitteilung von Sven Giegold

EU-Gipfel

Aussprache mit Kommission und Rat zur Tagung des Europäischen Rats (13. / 14. Dezember 2012)

Debatte am Mittwoch, 12. Dezember

+++ Kontakt: Rebecca Harms MdEP, www.rebecca-harms.de **+++**

Hintergrund: Beim letzten EU-Gipfel dieses Jahres wollten die Staats- und Regierungschefs sich auf konkrete Schritte für die Zukunft der Wirtschafts- und Währungsunion einigen. Vorab fand auch im Parlament eine Aussprache mit dem Kommissionspräsidenten und der Ratspräsidentschaft dazu statt.
Ergebnis aus Grüner Sicht: Weder der Nobelpreis für die EU noch die Annäherung bei der Bankenunion können darüber hinwegtäuschen, dass die EU auf dem besten Wege ist, ihre Zukunft zu verspielen. Bei den zahllosen, immer gleichen Gipfeltreffen gibt es wieder und wieder nur Verständigungen auf den kleinsten gemeinsamen Nenner - und neue Namen für halbgare Vorschläge. Das ist für niemanden mehr nachvollziehbar. Es wird Zeit, dass sich die Staats- und Regierungschefs auf die großen Linien zur Zukunft der Union einigen und diese dann auch den Bürgerinnen und Bürgern erklären und dafür einstehen. Die momentane Ruhe darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass wir ohne mutige Schritte nicht dauerhaft aus der Krise herauskommen werden. Doch vom Altschuldentilgungsfonds spricht im Rat niemand mehr. Und mit dem Haushaltskompromiss schicken die Staats- und Regierungschefs die EU direkt in die langfristige Verschuldung und begraben de facto den Wachstumspakt, den der französische Präsident Hollande vor gerade mal einem halben Jahr noch als Durchbruch für mehr Investitionen in die Zukunft unseres Kontinents gefeiert hatte.

> Plenarrede von Rebecca Harms

Israelische Siedlungspolitik

Aussprache mit der Europäischen Kommission

mit Resolution

Debatte am Mittwoch, 12. Dezember
Abstimmung am Donnerstag, 13. Dezember

+++ Kontakt: Franziska Brantner MdEP, www.franziska-brantner.de **+++**
+++ Kontakt: Jan Philipp Albrecht MdEP, www.janalbrecht.eu **+++**

Hintergrund: Nach der Entscheidung der israelischen Regierung den Siedlungsbau im Westjordanland auszuweiten hatte das Europäische Parlament eine Debatte zum Thema angesetzt und einen Resolutionsentwurf vorbereitet. Die verkündeten Baupläne in der sogenannten E1-Zone würden das Westjordanland zweiteilen, da das Gebiet östlich dieser Zone gebirgiges Wüstenland ist. Auch die USA hatten dieses Bauvorhaben stets als unannehmbar bezeichnet. Die Hohe Vetreterin für Außen- und Sicherheitspolitik erschien trotz dringlicher Anfrage nicht zur Debatte.
Ergebnis aus Grüner Sicht: Die Grünen forderten die Hohe Vertreterin auf, Israel zur Einhaltung des Völkerrechts und zur Befolgung bestehender VN-Resolutionen zu drängen. Die Grünen setzten sich dafür ein, als politisches Signal an die israelische Regierung den Abzug des EU-Botschafters zu erwägen sowie Richtlinien für die zwingende Kennzeichnung israelischer Siedlungsprodukte zu erlassen. Die mit großer Mehrheit verabschiedete Resolution fordert die vollständige und effektive Umsetzung bestehender EU-Rechtsnormen und bilateraler Abkommen mit Israel bezüglich der Siedlungsprodukte.

> Plenarrede von Franziska Brantner

Abkommen EU-Russland

Bericht Hannes Swoboda (S&D, Österreich)
"Neues Abkommen EU-Russland"

Initiativbericht

Debatte am Mittwoch, 12. Dezember
Abstimmung am Donnerstag, 13. Dezember

+++ **Kontakt: Werner Schulz MdEP**, www.werner-schulz-europa.eu **+++**

Hintergrund und Ergebnis aus Grüner Sicht: Das Parlament hat den Russland-Bericht mit großer Mehrheit angenommen. Deutlicher als jemals zuvor wird darin festgehalten, dass eine Zusammenarbeit mit Russland nicht ohne die Einhaltung von Demokratiestandards, Beachtung fundamentaler Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit funktionieren kann. Trotzdem erhielt der Grüne Antrag, die strategische Partnerschaft mit Russland zu überprüfen, keine Mehrheit. Mit nur 33 Gegenstimmen sind die Abgeordneten aber einem weiteren Antrag der Grünen gefolgt und haben

sich für die sofortige Freilassung der inhaftierten Mitglieder der Punkband "Pussy Riot" ausgesprochen. Die Grünen erwarten, dass Kommissionspräsident Barroso und Ratspräsident van Rompuy diese Forderung beim bevorstehenden EU-Russland-Gipfel an Präsident Putin richten.

> Pressemitteilung von Werner Schulz

Ägypten

Aussprache mit der Europäischen Kommission

Debatte am Mittwoch, 12. Dezember

+++ **Kontakt: Franziska Brantner MdEP**, www.franziska-brantner.de **+++**

Hintergrund: Nach der unrepräsentativen Verabschiedung des Verfassungsentwurfes und der Ansetzung eines Referendums durch Präsident Mursi für den 15. Dezember hatte das Europäische Parlament eine Debatte zu Ägypten angesetzt. Die Hohe Vetreterin für Außen- und Sicherheitspolitik erschien trotz dringlicher Anfrage nicht zur Debatte. Präsident Mursi hat inzwischen das umstrittene Dekret für präsidentielle Sondervollmachten zurückgenommen.
Ergebnis aus Grüner Sicht: Die Grünen forderten von der Hohen Vertreterin, die Mängel des Verfassungsentwurfes und den undemokratischen Verfassungsprozess gegenüber Präsident Mursi klar anzusprechen, ohne jedoch einer Megafon-Diplomatie zu verfallen. Die Verschiebung der IWF/EU-Kredite für Ägypten ist positiv zu bewerten. Deren Auszahlung sowie politische Unterstützung der EU sollten weiterhin als Anreiz verwendet werden, den Weg eines inklusiven Demokratisierungsprozesses fortzusetzen, welcher Brücken schlägt und Kompromisse eingeht.

Menschenrechte

Berichte

Leonidas Donskis (ALDE, Litauen)
"Jahresbericht über Menschenrechte und Demokratie in der Welt 2011 und die Politik der EU zu diesem Thema"

Rui Tavares (Grüne/EFA, Portugal)
"Überprüfung der EU-Menschenrechtsstrategie"

Debatte am Mittwoch, 12. Dezember
Abstimmung am Donnerstag, 13. Dezember

+++ Kontakt: Barbara Lochbihler MdEP, www.barbara-lochbihler.de **+++**

Hintergrund und Ergebnis aus Grüner Sicht: Es war die Woche der Menschenrechte im Europaparlament. Auf der Tagesordnung standen die Berichte zur Lage der Menschenrechte innerhalb und außerhalb der EU, ein Bericht zur EU-Menschenrechtsstrategie, die Verleihung des Sakharov-Preises an die iranischen Aktivisten Nasrin Sotoudeh und Jafar Panahi, eine Debatte zum Verhältnis der EU zu Russland, die Lage in der Ukraine und im Westjordanland sowie die Eilresolutionen zu Indien und Kongo. Das Parlament hat deutlich gemacht, dass die Europäische Union nur dann überzeugend auftreten kann, wenn sie an sich selbst die gleichen Maßstäbe anlegt

wie an Drittländer. Betont wurde die Notwendigkeit, stärker für Menschenrechtsverteidiger einzutreten und auf die Einhaltung der Meinungs- und Medienfreiheit zu achten. Schlechte Regierungsführung wurde auch innerhalb der Europäischen Union beklagt, ohne jedoch konkrete Staaten zu benennen. Die Berichte wurden jeweils mit großer Mehrheit und mit den Stimmen der Grünen Europafraktion angenommen.

II. Aktuelle Termine der Europagruppe GRÜNE

Veranstaltung zur Verleihung des Sakharov-Preises. Mit Barbara Lochbihler, MdEP.
14. Dezember, Berlin.
mehr

Modell-Europaparlament. Mit Helga Trüpel, MdEP.
17. Dezember, Bremen.
mehr

Delegationsreise des Auswärtiges Ausschusses nach Moskau. Mit Werner Schulz, MdEP.
18. - 20. Dezember, Moskau.
mehr

Auf dem Weg zu einem Europäischen Strafverfahrensrecht?. Diskussion mit Jan Philipp Albrecht, MdEP, und Helge Limburg, MdL, Niedersachsen.
19. Dezember, Hannover.
mehr

Ein Tag in Fukushima - eine Woche in Japan. Eine Lesung von Rebecca Harms, MdEP, mit Viola von Cramon, MdB.
19. Dezember, Salzgitter.
mehr

Du bestimmst den Weg. Michael Cramer, MdEP, als Teilnehmer der Gesprächsrunde initiiert vom Europäischen Parlament über Bürger Europas e.V.
21. Dezember, Berlin.
mehr

Gegenwart des Berufes. Vortrag von Gerald Häfner, MdEP.
30. Dezember, Dornach (Schweiz).
mehr

Europa Rechtsaußen. Diskussion über Rechtsextremismus und Rechtspopulismus in Europa mit Jan Philipp Albrecht, MdEP.
3. Januar 2013, Harburg.
mehr

Neujahrsempfang zu europäischer Agrarpolitik. Mit Rebecca Harms, MdEP, Martin Häusling, MdEP, und Direktkandidat Heiner Scholing.
5. Januar 2013, Bienenbüttel.
mehr

Neujahrsempfang des Grünen Kreisverbands Uelzen. Mit Martin Häusling, MdEP.
Samstag, 5. Januar.
mehr

Frühschoppen zur EU-Agrarpolitik. Mit Martin Häusling, MdEP.
6. Januar, Trebel.
mehr

European Raw Material Group. Breakfast on recycling mit Reinhard Bütikofer, MdEP.
9. Januar 2013, Brüssel.
mehr: reinhard.buetikofer@ep.europa.eu

Datenschutz - Gefährdungen und politische Möglichkeiten für mehr Sicherheit. Diskussion mit Jan Philipp Albrecht, MdEP.
10. Januar, Osnabrück.
mehr

Chinas neue Führung - Politisches Tauwetter oder Eiszeit im Reich der Mitte? Mit Helga Trüpel, MdEP, Jutta Lietsch, langjährige China-Korrespondentin der taz, und Gudrun Wacker, China-Expertin der Stiftung Wissenschaft und Politik.
10. Januar, Bremen.
mehr

Projekt Europa in Gefahr – Grüne Pfade aus der Eurokrise. Vortrag und Diskussion mit Sven Giegold MdEP
11. Januar, Salzgitter.
mehr

Neujahrsempfang der Odenwalder Grünen. Mit Reinhard Bütikofer, MdEP.
13. Januar, Michelstadt.
mehr

Neue EU-Förderperiode 2014-2020. Gespräch mit Wirtschafts- und Sozialpartnern aus Thüringen mit Elisabeth Schroedter, MdEP.
18. Januar, Erfurt.
mehr

Neujahrsempfang des verkehrspolitischen Informationsvereins. Gastrede von Michael Cramer, MdEP.
18. Januar, Berlin.
mehr

Neujahrsempfang der Grünen Paderborn. Reinhard Bütikofer, MdEP.
20. Januar, Paderborn.
mehr

NEIN zur Atomkraft in Bulgarien. Rebecca Harms, MdEP, unterstützt die Kampagne der bulgarischen Anti-Atom-Bewegung anlässlich des Referendums.
23. - 25. Januar, Sofia (Bulgarien).
mehr